IV. Jahrg. / Nr. 68 / Preis für Groß-Berlin 20 Pfg.

Abend-Ausgabe

Donnerstag, den 10. Februar 1921

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Sprechz.: 5—6 Uhr)
Telefon: Amt Moritzplatz 12579

Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Inseratenannahme: Berlin SW
Stallschreiberstraße 34 35 (Telefon: Moritzplatz 12577)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 10.— Mk. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Bezugspreis 10.— Mk. monatlich. Bei Zusendung unter Streifband für Deutschland und Österreich 16.11 Mk., als Brief 30.— Mk. Für Ausland unter Streifband 21.00 Mk., als Brief 30.— Mk; bei einmaliger Zustellung einschl. Porto und Versand.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die 8gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum mit 4.— Mk., Familien- und Organisationsanzeigen 3,— Mk. netto. — Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 90 Pfg., jedes weitere Wort 75 Pfg., bei Familien- und Organisationsanzeigen das fettgedruckte Wort 75 Pfg., jedes weitere Wort 45 Pfg. netto. — Reklamezeile 12 Mk.

Der Boche kann zahlen

Unabhängige Stellungnahme für das Kapital

Berlin, den 9. Februar.

Die Beschlüsse der Pariser Konferenz offenbaren die Unmöglichkeit des Ententekapitals, die Raubziele des Weltkrieges zu erreichen, ohne zugleich die Bedingungen zur Erreichung dieses Zieles zu untergraben. Mit dem Versuch, den deutschen Kapitalismus als Konkurrenten zu schlagen, dreht das Ententekapital zugleich seinem Gläubiger die Gurgel ab und kann die Schulden nicht eintreiben, die zu seinem eigenen Ruin führen. In dieser Situation taucht ein Retter auf in der Gestalt des neunmalweisen Unabhängigen Wirtschaftstheoretikers Bruno Asch. In einem Artikel in der „Freiheit" vom 9. Februar zeigt er, daß inmitten der Verzweiflung die U.S.P. der ruhende Fels ist, auf dem die kapitalistische Welt wieder aufgebaut werden kann. Zwar schreibt er in bezug auf die Beschlüsse der Pariser Konferenz, daß man „die ökonomische Unsinnigkeit derartiger Regelungen, die letzten Endes an ihrer Undurchführbarkeit scheitern müssen", klar herausarbeiten müsse. Dazu aber sei der gegenwärtige „Protestrummel" nicht geeignet. Die „ökonomische Unsinnigkeit" besteht aber für Herrn Asch nicht in den unlösbaren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise, sondern nur in der ganz und gar törichten Art, mit der die Entente diese Widersprüche zu beheben sucht. Und darum erteilt er den Kapitalisten in allen Ländern seine weisen Ratschläge.

Er betrachtet die gegenwärtige Krise ganz vom Standpunkt des Einzelkapitalisten aus.

Wie der mit Bildungsbrocken prunkende Spießbürger, über die Ursachen der Armut befragt, antwortet, sie käme von der Pauvretät, so antwortet Herr Asch auf die Frage über die Ursache der Weltkrise, sie käme von der Valuta. In beiden Fällen verdeckt ein nach besserer Allgemeinbildung riechendes Fremdwort eine trostlose Unwissenheit. Herrn Asch ist zumute wie einem Börsenspekulanten, der staunend beobachtet, wie die Kurse steigen, wenn die Valuta fällt und sinken, wenn die Valuta steigt, und der, um die Sicherheit seiner Profite besorgt, auf ein Wunder sinnt, das bewirkt, daß die Kurse, durch keine unberechenbaren Valutaschwankungen gehemmt, in ewig unbeirrter Bahn nach aufwärts gehen. Nicht die wachsende Verelendung der Arbeiterklasse, nicht die steigende Zahl der Arbeitslosen auf der ganzen Erde, nicht die Ausnutzung der billig entlohnten Arbeiter als Lohndrücker setzt die Gedankentätigkeit des Herrn Asch in Bewegung, was ihn besorgt macht, ist allein die Sicherheit des Unternehmerprofits, d. h. das sichere und ungestörte Funktionieren der kapitalistischen Ausbeutungsmaschinerie in internationalem Maßstabe:

„Die schwere Krise, die sich gegenwärtig in Amerika, England und der Mehrzahl aller europäischen Staaten in ihren verhängnisvollen Wirkungen zeigt, ist geeignet, den Völkern die scheinbar vergessene Wahrheit von der Abhängigkeit des Wohlstandes der einzelnen Länder voneinander wieder in das Gedächtnis zu rufen und dazu beizutragen, daß an die Stelle einer nur auf blinde Gewaltanwendung begründeten Wirtschaftspolitik endlich die Erkenntnis tritt, daß die Wiederherstellung der eigenen Wirtschaft unmöglich ist, solange große und wichtige Gebiete Europas sich in einem Zustande des Verfalls und der wirtschaftlichen Zersetzung befinden."

Es ist aber Herrn Asch nicht nur um die Sicherung des kapitalistischen Profits, sondern auch um die Sicherung des kapitalistischen Staates zu tun. Er spricht das ganz offen und unverblümt aus:

„Die Ordnung der Staatswirtschaft stellt demnach ein primäres volkswirtschaftliches Interesse dar."

Darum erteilt er den törichten Ententekapitalisten die Mahnung:

„Wenn Forderungen in der Höhe an Deutschland gestellt werden, wie sie das Pariser Programm vorsieht, so wird die deutsche Staatswirtschaft in absehbarer Zeit keinesfalls in die dringend erforderliche Ordnung gebracht werden können."

Ermahnt Herr Asch die Ententekapitalisten, zarte Rücksichtnahme auf die Ordnung der Staatswirtschaft zu nehmen, so versäumt er auch nicht, den deutschen Kapitalisten Ratschläge zu erteilen, wie sie ihrerseits die „Staatswirtschaft" in Ordnung bringen könnten. Er gibt ihnen ein Rezept für eine „umfassende Sanierung". Der erste Weg ist

„Der Weg einer rücksichtslosen und energischen Durchführung der Steuergesetzgebung, die den Besitz und die hohen Einkommen so energisch erfassen muß, daß der notwendige Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen ist."

Die Erhebung von Steuern ist gewiß kein Mittel der Sanierung, von dem Herr Asch behaupten kann, daß er es erfunden hat. Schon seit einer Reihe von Jahrhunderten ist es üblich, Staatsausgaben durch Steuern zu decken. Wenn also auf diese Weise der kapitalistische Staat in Ordnung gebracht werden könnte, so würden die Kapitalisten, die um die Erhaltung des kapitalistischen Staates sicherlich nicht weniger besorgt sind als Herr Asch, das zweifellos tun. Daß sie es nicht tun, beweist eben, daß es nicht möglich ist, die Staatsfinanzen mit Hilfe der Steuergesetzgebung in Ordnung zu bringen. Wie der bürgerliche Staat den Kapitalisten durch seine Steuergesetzgebung die Wege zur Steuerhinterziehung öffnet, und wie die Kapitalisten diesen Weg beschreiten, das mag er bei dem bürgerlichen Prof. Dr. Bühler aufklären lassen, der in der Zeitschrift „Recht und Wirtschaft" zeigt, daß durch die in der Erzbergischen Steuergesetzgebung festgesetzte Ansetzung des Stichtages auf den 30. Juni 1919, die durch die Geldentwertung den Kapitalisten zwangsläufig zugeflossenen Profite überhaupt nicht erfaßt worden sind und daß sie auch den Rest schon vor der Erhebung auf das Proletariat abgewälzt haben. Prof. Bühler schreibt darüber:

„Mehr als ein Jahr lang hatten die Kriegsgewinnler Zeit, sich auf die drohenden Steuern einzurichten, und sie benützten sie, um in der Zwischenzeit mit dem ihnen einstweilen noch belassenen Kriegsgewinn die Abgabe im voraus wieder hereinzubekommen. „Dafür aber bot die Zeit von 1919 und 1920 mit ihrem unermeßlichen Warenhunger, dem Valutasturz und der Möglichkeit fast grenzenloser Preisaufschläge einzigartige Möglichkeiten, die auch wahrhaft aufs ergiebigste ausgenützt worden sind. So ergibt sich denn: ein großer Teil der Kriegsgewinner braucht sich in der Tat über die Höhe der Vermögensabgabe nicht mehr aufzuregen, denn das Publikum hat sie ihnen im voraus in Gestalt von Preisaufschlägen auf viele Gebrauchsartikel bezahlt."

Das zweite Sanierungsrezept des unabhängigen Theoretikers ist:

„Die Streichung großer Ausgabenposten im Etat muß unbedingt erfolgen."

Und siehe da, Herr Asch schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. Er ist überzeugt, daß sein Vorschlag, große Ausgabeposten zu streichen, der kapitalistischen Regierung so mächtig imponieren wird, daß sie, um Geld zu sparen, sich der bewaffneten Macht gegen das Proletariat berauben wird, indem sie handelt, gemäß seinem Vorschlag:

„Bei der Reichswehr, der Marine, den zahllosen Verwaltungsorganisationen sind hohe Beträge einzusparen, die eine Herabsetzung der Etatsziffern ermöglichen."

Das russische Friedensangebot an Rumänien

Reval als Verhandlungsort vorgeschlagen — Litwinoff zum russischen Unterhändler ernannt

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Stockholm, den 9. Februar

Als Verhandlungsort schlägt die russische Regierung Reval vor. Der russische Vertreter ist bereits dorthin abgereist.

In einer Note, die Tschitscherin an Take Jonescu gerichtet hat, heißt es: Die russische Regierung habe seit Beginn der Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Rußland und Rumänien, d. h. seit mehr als einem Jahre, das größte Entgegenkommen und den unerschütterlichen Entschluß bewiesen, die Differenzen beider Länder zu Ende zu bringen und ein solides und andauerndes Einverständnis herzustellen. Sie habe jetzt beschlossen, noch einmal der rumänischen Regierung entgegenzukommen und den Vorschlag der rumänischen Regierung, den diese am 31. Januar funkte und den die Sowjetregierung am 4. Februar erhielt, anzunehmen. So sehr die russische Regierung die Verzögerung bedauert, welche die Vorbesprechung vor der endgültig regelnden Konferenz bedeutet, ist sie doch einverstanden, Delegierte in eine neutrale Stadt zu schicken, die das Programm für die endgültige Konferenz besprechen sollen. Die russische Regierung hat zum Bevollmächtigten Maxim Maximowitsch Litwinoff, Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für Auswärtiges und Vertreter Rußlands in Reval bestimmt. Litwinoff wurde während seines Moskauer Aufenthalts mit allen nötigen Instruktionen versehen, um die Besprechung zum guten Ende zu führen.

Streiks und Lohnbewegungen in Ungarn

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Wien, 9. Februar.

Aus Budapest wird gemeldet:

Die Gasfabrikarbeiter und Munitionsfabrikarbeiter sind in den Ausstand getreten. Andere Arbeiterkategorien haben sich den Streikenden angeschlossen. Nach den zensurierten Berichten der Blätter erklären sich auch die christlichen Arbeiter mit dem Streik solidarisch. Der Streik ist noch nicht beendet worden. Die Direktion der Fabrik hat 700 Arbeiter ausgesperrt.

Die Tapezierergesellen fordern die Erhöhung ihrer Löhne, da die gegenwärtigen Löhne bei der fortwährenden Teuerung der Lebensmittel und der wichtigsten Bedarfsartikel für den Lebensunterhalt der Arbeiter nicht genügen.

Kommunistenverfolgungen

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Prag, 9. Februar.

In Kuttenberg wurden 12 Arbeiter aus Kolin, die sich am Generalstreik im Dezember beteiligt hatten, zu durchschnittlich einem halben Jahr Kerker verurteilt.

Fünf Kladnoer Arbeiter, die am 12. Dezember 1920 den Kladnoer Grundbesitz des Benediktinerordens im Namen des Revolutionsausschusses beschlagnahmt hatten, wurden trotz der Erklärung des Verwalters des Gutes, daß die Angeklagten sich in durchaus einwandfreier Weise gegen ihn benommen hätten und nach keiner Richtung hin provokatorisch aufgetreten seien, vor einem Prager Erkenntnisgericht zu 3—4 Monaten verurteilt.

Der verantwortliche Redakteur des Kladnoer „Swoboda" wurde in Dejvice bei Prag wegen des Dezemberstreiks verhaftet.

Kopenhagen, 9. Februar.

Berlingske Tidende meldet aus Helsingfors, daß in dem großen Kommunistenprozeß jetzt das Urteil gefällt wurde. Unter den verurteilten 14 Personen befinden sich mehrere Kommunistenführer, die zu vier- bis sechsjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurden. Die übrigen Angeklagten erhielten geringere Strafen.

Das Ausnahmegericht für Kommunisten

(T.U.) Frankfurt a. M., 10. Februar.

Die Anklage gegen die verhafteten 14 Kommunisten ist dem Außerordentlichen Gericht bei dem Reichswehrgruppenkommando in Kassel überwiesen worden.

Kommunisten kommen immer dann vor ein Außerordentliches Gericht, wenn man ihnen nichts beweisen kann und ein reguläres Gerichtsverfahren scheut.

Vor der Antwort Bayerns an die Reichsregierung

(T.U.) München, 10. Februar.

Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, konnte die Antwort auf die Fragen der Reichsregierung noch nicht abgesandt werden, weil ein sehr wichtiges Mitglied der Koalitionsführer plötzlich von München abreisen mußte. Infolgedessen muß eine nochmalige Besprechung mit den Koalitionsparteiführern stattfinden und darauf wird der Ministerrat noch einmal zusammentreten, um die Antwort an die Reichsregierung festzulegen.

Das heißt auf Deutsch, es bestehen auch im bayerischen Orgeschlager noch immer die größten Meinungsverschiedenheiten, und man konnte sich noch nicht einigen. Das Rätselraten kann weitergehen.

Die Münchener Morgenblätter zur Lage

(T.U.) München, 10. Februar.

Die Morgenblätter besprechen die gestern spät abends ausgegebene offiziöse Mitteilung über die Stellungnahme Bayerns für die Einwohnerwehren günstig. Die „München-Augsburger Abendzeitung" spricht von einer begrüßenswerten starken Haltung der bayerischen Regierung zum Pariser Diktat und hebt hervor, daß die Koalitionsparteien sich über die nach Berlin zu erteilende Antwort geeinigt habe. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" wenden sich gegen die von der Berliner Presse betriebene Sensations- und Gerüchtsmacherei und auch gegen die Erregung in Nürnberg, wo man schon mit dem Generalstreik drohte. Das Blatt erklärt, es sei alles auf gutem Wege, und keine Zeit für Parteigezänke und für Zwietracht, weder für den Zank zwischen den Parteien, noch für die Zwietracht zwischen Reich und Ländern, man sollte endlich Ruhe halten.

Wie Kahr den Landtag behandelt

(T.U.) München, 10. Februar.

Die Interpellation der Unabhängigen über die vom Ministerpräsidenten Dr. von Kahr in der Berliner Ministerkonferenz am 5. Februar eingenommene Haltung wird voraussichtlich von der Regierung nicht beantwortet und daher vom Landtag nicht besprochen werden, weil in Berlin die Vertraulichkeit der Verhandlungen vereinbart worden ist.

Kommentar überflüssig.

Streik der gesamten Metallarbeiterschaft Halles?

Halle, 9. Februar.

Seit Montag befinden sich die Metallformer im Ausstand. Wir haben vor einigen Tagen schon darauf hingewiesen, daß die berechtigten Forderungen der Metallformer (sie haben jetzt 5,70 M. pro Stunde und müssen immer im Lohn arbeiten) von den Unternehmern brüsk abgelehnt wurden.

Sie verlangen unbedingt Einführung der Akkordarbeit, eine bereits stattgefundene Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß hat zu keinem Ergebnis geführt.

Der Schlichtungsausschuß verlangt die Feststellung, ob die Former auch wirklich mehr wie früher geleistet hätten. Also nur dann können die Arbeiter nach Auffassung der bürgerlichen Herren mehr Geld bekommen, wenn sie aus ihren Knochen noch mehr herausschinden lassen. Wir zweifeln nicht daran, daß nicht nur die Metallarbeiterschaft Halles, sondern die gesamte Arbeiterschaft dieser aller Gerechtigkeit Hohn sprechenden Anmaßung die gebührende Antwort erteilen wird.

Damit ist der Orgeschlöter Severing übertrumpft. Severing „beseitigt" die Bewaffnung der Bourgeoisie durch juristische Verordnungen, der Weise aus der U.S.P. dagegen streicht einfach den Posten im bürgerlichen Hauptbuch und ist überzeugt, daß dem Bürger diese Ersparnis einleuchten wird. Weiter verlangt Bruno Asch:

„Die Defizits der Reichsunternehmen können durch eine, den volkswirtschaftlichen Erfordernissen sich anpassende Neuordnung der Tarife und eine auf dem Wege der Sozialisierung der Schlüsselindustrien herbeizuführende Senkung der Materialkosten beseitigt werden."

Damit gibt Herr Asch also zu, daß es ihm resp. der U.S.P. bei dem Sozialisierungsgeschrei lediglich zu tun ist um die „Ordnung der Staatswirtschaft" des bürgerlichen Klassenstaates, um die Sicherung der kapitalistischen Ausbeutung. Zusammenfassend konzentriert Asch seine Börsenweisheit noch einmal in dem Rat an das Ausland, „Kredite" zu beschaffen und die „Stabilisierung der Wechselkurse" einzuleiten. Dafür verspricht er dann:

„Deutschland ist zahlungsfähig, wenn ihm auf diese Weise die Möglichkeit einer Sanierung gegeben wird. Es ist also in ureigenem Interesse der Völker, die einen Rechtsanspruch auf die deutsche Entschädigung haben, die Voraussetzung einer vollen Leistung herbeizuführen."

Herrn Asch ist es um den Ruhm zu tun, daß die U.S.P. diejenige war, die der deutschen und ausländischen Bourgeoisie den Weg gezeigt hat, wie Deutschland zahlungsfähig werde. Die unlösbaren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, die Ausweglosigkeit der Situation für die internationalen Kapitalisten sieht er nicht. Er glaubt nur viel gescheiter zu sein, als alle Kapitalisten der Welt. Und zu dem edlen Zweck, den verlorenen Kapitalismus zu retten, bietet er die Heerscharen des klassenbewußten Proletariats aller Länder auf. Es ist ja alles nicht so schlimm, nicht der zwangsmäßige Raubcharakter des verzweifelten Ententekapitalismus, der seinen eigenen Gläubiger abschlachten muß, um für den Augenblick selber leben zu können, nicht die Todeszuckungen der kapitalistischen Endkrise stehen auf der Tagesordnung der Geschichte. Nein, das alles ist viel einfacher. Die Kapitalisten könnten sich schon helfen, wenn sie nur so gescheit wären wie Herr Bruno Asch, der ihnen zu ihrer Rettung die Arbeiter der ganzen Welt in die Arme treiben will. Die Kapitalisten haben es ja nur falsch angepackt, konstatiert Herr Asch. Das ganze Elend liegt ja nur an den „ökonomisch unmöglichen Zahlungsbedingungen". Sie müssen geändert werden, dann klappt alles:

„Wer es erkennt, daß die Zahlungsbedingungen an ihrer inneren Unmöglichkeit scheitern müssen, der hat die Pflicht, das deutsche Proletariat davor zu bewahren, in eine neue schwerwiegende Katastrophe hineingejagt zu werden.... Es ist dringend erforderlich, daß sich die deutsche Arbeiterschaft darüber ganz klar bleibt, daß nur auf dem Wege einer internationalen Verständigung der klassenbewußten Proletarier aller Länder die natürlichen Folgen der kapitalistischen Ausbeutungspolitik beseitigt und dem imperialistischen Streben unüberwindbare Widerstände entgegengesetzt werden können."

Folgt noch die übliche Warnung vor dem „revolutionären Saltomortale" und der Appell zur Herstellung „einer wahrhaften Internationale" und Herr Asch ist am Ende. Nicht am Ende aber ist die Konfusion in der U.S.P.; die bald mit den Wunderrezepten des Herrn Asch der Bourgeoisie beispringt und bald in der Person der unabhängigen Größe Seger, in das andere Extrem verfallend, die Verzweiflung der Bourgeoisie an der Rettung des Profits teilt und zum Boykott englischer und französischer Waren auffordert — unter dem beifälligen Echo der Unternehmerpresse. Aus all dem theoretischen Wirrwarr, den Herr Rudolf Hilferding in den Spalten der „Freiheit" sich breit machen läßt, zeichnet sich jedoch eine klare Linie ab: die politische Schlußfolgerung, daß es auf jeden Fall besser sei, das Proletariat an die Seite der Bourgeoisie als zum Kampf gegen die Kapitalistenklasse zu führen.

Politische Uebersicht

Hilferdings neueste Proklamation

Die wirksamste Abwehr der deutschen Arbeiterklasse gegen das Diktat des Ententeimperialismus ist die Abgabe eines Stimmzettels für die Unabhängige Partei zum preußischen Landtag. Diese, etwas merkwürdige Logik bildet den Kernpunkt eines Aufsatzes, den das Zentralkomitee der U.S.P.D. heute ihren Anhängern durch die „Freiheit" zur Kenntnis bringt. Was weiterhin den Inhalt des Aufrufes ausmacht, ist so nichtssagend, klingt so gedrückt und gequält, daß ihm deutlich anzumerken ist, er ist entstanden aus dem Bestreben heraus, ein Ziel und einen Willen vorzutäuschen in einer Frage, in der in Wirklichkeit und vielleicht auch instinktiv empfunden jede klare und feste Einstellung fehlt.

Hieraus ergeben sich dann auch naturgemäß alle die zahllosen Widersprüche, die durch die Proklamation hindurchgehen.

Es wird in ihr appelliert an die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse, die Lösung der wirtschaftlichen Krise nur durch Beseitigung des Versailler Friedensvertrages auf dem Wege internationaler Aktionen des Proletariats als möglich erachtet. Trotz alledem aber wird die Regierung aufgefordert, Verhandlungen einzuleiten, um eine Milderung der Ententeforderungen zu erreichen. — Man legt fernerhin im Aufruf dar, daß der Kampf um die Beseitigung der Ententeforderungen nicht einen Kampf zwischen den Nationen, sondern zwischen Proletariat und Kapitalismus bedeutet und es daher ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien nicht gehen könne. Man vergißt aber dabei nur, daß man dieses Bündnis schon eingeht, wenn man der Regierung für ihre Verhandlungen die Unterstützung leiht und somit demnach die Lösung einer kapitalistischen Regierung anvertraut.

Die Ursache dieser Widersprüche, von denen wir nur einige Beispiele herausziehen, liegen klar auf der Hand. Sie ergeben sich aus der Geistesverfassung der Hilferdinge, aus den Tendenzen, die man verfolgt, die auch durch den Aufruf hindurchgehen, die man aber offen auszusprechen nicht wagt. Diese Tendenzen sind einmal kapitalistischer und zum andern Teil materialistischer Natur.

Hierfür aus dem Aufruf ein Satz:

„Diese Forderungen des Ententekapitalismus gehen weit über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinaus und sind deshalb unerfüllbar. Sie würden das deutsche Proletariat in ein noch größeres hoffnungsloses Massenelend stürzen. Sie würden nicht nur das deutsche, nicht nur das europäische, sondern das Proletariat aller Länder aufs schwerste treffen. Denn die Verelendung der deutschen Wirtschaft würde ihre Aufnahmefähigkeit für ausländische Produkte vermindern, dadurch immer neue Krisen und Arbeitslosigkeit überall hervorrufen. Der gezwungen übermäßig gesteigerte Export würde zugleich den ausländischen Industrien schwere Konkurrenz bereiten, und dadurch die Herabdrückung der Löhne in Deutschland über die ganze Welt verpflanzen. Die Produktion in den einzelnen Ländern und damit die Produktion der ganzen Welt kann nur gesteigert und der Gütervorrat vermehrt werden, wenn die Arbeiter nicht der völligen Verelendung verfallen."

Es ist der alte Glaube Hilferdings, der kapitalistische Wiederaufbau Deutschlands ist möglich, wenn die Hemmungen des Versailler Friedensvertrages fallen bzw. bedeutend gemildert werden. Es ist die Verkennung der Tatsache, daß der wirtschaftliche Verfall international ist und alle Voraussetzungen politisch, ökonomisch und psychologisch fallen, um mit der kapitalistischen Grundlage diesem Verfall Einhalt zu gebieten. Diese kapitalistische Einstellung bei den Führern der U.S.P.D., dieser Glaube an eine kapitalistische Wiedererstarkung und hiermit unlösbar verbunden der Unglaube an Vorhandensein und Sieg der proletarischen Revolution, ist die eigentliche Differenz, die uns von den Hilferdingen trennt, aus der alle übrigen Differenzen entspringen und entspringen auch alle gegenrevolutionären Handlungen dieser Leute.

Eng verbunden hiermit ist die nationalistische Tendenz. Man appelliert an die Solidarität der Arbeiter in den anderen Ländern. Sie sollen helfen durch einen Druck auf ihre Regierungen, Deutschlands Wiederaufbau möglich zu machen. Nicht zum Sturz der internationalen Kapitalistenklasse werden die Arbeiter in den anderen Ländern aufgefordert, sondern dafür sollen sie sich einsetzen, daß die Ententekapitalisten Loyalität gegenüber den deutschen Kapitalisten bezeugen, um deren Existenz zu verlängern, und indem man im Aufruf darauf hinweist, daß hiervon auch das Ententeproletariat Nutzen haben würde, identifiziert man die Interessen der deutschen Bourgeoisie mit denen des internationalen Proletariats.

Daß der Aufruf sich gleichzeitig auch damit befaßt, den Kommunisten eins auszuwischen, ist weiter nicht verwunderlich und stört uns nicht allzu sehr. Man weist auf München hin und nennt ims Nationalbolschewisten, die mit der Reaktion im Bunde stehen. Wir haben diesen Blödsinn schon so oft zurückgewiesen und durch die Tat widerlegt, daß wir es uns versagen, hierauf nochmals eingehend zu antworten. Es ist Wahlzeit und die Unabhängigen brauchen Wahllügen zu ihrem Stimmenfang, und so muß man sie halt austoben lassen. Der Dolch gegen Dißmann und der Vorwurf, wir seien Nationalbolschewisten, das sind Dinge, die das Niveau der „Freiheit" kennzeichnen, damit zu konkurrieren müssen wir schon ablehnen.

Fügt sich Bayern?

Einige Blätter, vor allem das „Berliner Tageblatt", wollen wissen, daß Bayern beschlossen habe, sich der Entscheidung der Reichsregierung, allerdings nur unter theoretischem Festhalten an seinem Standpunkt und unter Ueberwälzung der Verantwortung auf die Reichsregierung, zu fügen. Das hätte die demokratische Fraktion, unterstützt vom Bayerischen Bauernbund, gegen den Widerstand der Deutschnationalen und eines Teiles der bayerischen Volkspartei durchgesetzt.

Wir haben schon gestern auf die Möglichkeit hingewiesen, daß Bayern in der Form nachgibt und den Konflikt mit der Reichsregierung zunächst zu vermeiden sucht. Sich aber einzubilden, daß Bayern, wie es etwa das „Berliner Tageblatt" mit fetten Lettern in die Welt schreit, zur Entwaffnung bereit sei, ist die größte politische Naivität, die man sich nur denken kann. Das einzige, wozu sich Bayern im günstigsten Falle verstehen wird, ist, der Reichsregierung keine Schwierigkeiten zu bereiten, wenn sie so tut, als würde sie nur den Wiedergutmachungsforderungen, nicht aber auch den Entwaffnungsforderungen entgegentreten. Das ist natürlich nach dem heldenhaften Gebrüll, das der bayerische Leu von sich gab, eine ganz schöne und wohlverdiente Blamage, das kann sich aber Bayern ohne weiteres leisten, weil nur rechtssozialistische und unabhängige Pazifisten darüber im unklaren sein können, daß die Entente die Entwaffnung der Konterrevolution in Deutschland niemals ernstlich verlangen, auf keinen Fall aber Bayern gutwillig die Waffen abgeben wird.

Selbst wenn nun Bayern tatsächlich den Augenblick zur offenen Empörung gegen das Reich noch nicht für gekommen halten sollte, und eine Form findet, die der Reichsregierung freie Hand läßt, zeigt der ganze Zwischenfall die ungeheuren Gefahren, die es mit sich bringt, daß Bayern voll und ganz in der Hand der Orgeschreaktion ist, die in ganz Deutschland eine weit größere bewaffnete Macht zur Verfügung hat, als die Reichsregierung, deren Reichswehr ja selbst wieder Orgeschoffizieren ausgeliefert ist. Ist der Zustand erträglich, daß ganz Deutschland den Atem anhalten muß, um zu vernehmen, was die Fahrleute über sein Schicksal zu beschließen gerühen. Das Proletariat kann die Waffe in der Hand seiner erbittertsten Feinde nicht lassen. Es muß sich aufraffen, zum Kampfe zur Entwaffnung der Reaktion. Das ist ein Kampfziel, das jedem Proletarier einleuchtet. Wer den Zusammenschluß zu diesem Kampfe hemmt, ist ein unverantwortlicher Verräter der Arbeiterklasse.

Der Kampf in den Gemeindebetrieben

Der Schlichtungsausschuß Großberlin fällte gestern nachmittag nachstehenden Schiedsspruch über den die Arbeiter und Angestellten nunmehr zu entscheiden haben:

Die Stadt Berlin wird für verpflichtet erklärt, rückwirkend vom 1. November 1920 ab den bei ihr beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen einen 15 prozentigen Zuschlag auf den Grundlohn und den von ihr beschäftigten Angestellten einen 10 prozentigen Zuschlag auf das Grundgehalt zu gewähren. Die mindererwerbsfähigen männlichen Arbeiter sollen 3 M. pro Stunde, die mindererwerbsfähigen Frauen 2,80 M. pro Stunde vom 1. November 1920 ab als Lohn erhalten.

Die bereits auf die Zuschläge gezahlten Vorschüsse sind anzurechnen.

Ausgenommen von den Zuschlägen sind nur die Jugendlichen. Diese sind jedoch nicht verpflichtet, die auf die Zuschläge erhaltenen Vorschüsse zurückzuzahlen.

Die den in Kost und Logis befindlichen Arbeitnehmern für Kost und Logis abzuziehenden Beträge sind zwischen dem Magistrat und den Betriebsräten unter Hinzuziehung der Organisationen zu vereinbaren. Es wird den Parteien aufgegeben, bis zum 1. März 1921 diejenigen Betriebe festzustellen, in denen Schwerarbeit geleistet wird. Den dasselbst beschäftigten Arbeitern ist vom 1. November 1920 ab ein Zuschlag von 10 Pfennigen zu gewähren, sowiel sie nicht bereits einen solchen in ihrer Eigenschaft als Schwerarbeiter erhalten haben.

Hinsichtlich der Lohnbeihilfen und aller Vorschriften der Ergänzungsbestimmungen, soweit sie nicht besonders geändert sind, bleibt es bei dem bisherigen Zustand. Die Elektrizitätsarbeiter erhalten während der Dauer des geschlossenen Lohntarifes die erhöhten Lohnzuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeiten in Höhe von 25 Prozent bzw. 50 Prozent.

Für Elektrizitätsarbeiter, die am 1. März 1921 oder später eintreten, gelten die regelmäßigen Zuschläge von 8 Prozent bzw. 25 Prozent.

Dieses Abkommen gilt für unbestimmte Zeit.

Kündigung kann nur zum Schluß eines Kalendermonats unter Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist erfolgen.

gez. Dr. Delius, Dr. Arens und Dr. Oppenheim.

Aus den Verhandlungen ist bemerkenswert, daß gegenüber dem Bevollmächtigten des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Polenske (S.P.D.), der die alten Forderungen der Arbeiterschaft als Verhandlungsgrundlage aufstellte, der unabhängige Stadtrat Weise erklärte, daß die schlechte Finanzlage der Stadt eine derartige Mehrbelastung nicht vertrage. Der Herr Stadtrat Weise bescheinigt damit zum wiederholtesten Male, daß der „sozialistische Magistrat", in dem die Unabhängigen den stärksten Einfluß haben, einen Ausweg aus der schlechten finanziellen Situation nicht findet, eben weil er nur bereit ist, kapitalistisch zu funktionieren. Die ca. 80 000 städtischen Arbeiter und Angestellten, denen das zum Leben Notwendige fehlt, werden vor der betrügerischen Firma des „sozialistischen" Magistrats nicht haltmachen.

Zur Preußenwahl

Arbeiter denkt daran

Mit einer geradezu rührenden Konsequenz hängt die „Freiheit", und die Provinzblätter machen es natürlich nach, jeder Meldung oder Feststellung, von der sie annimmt, daß sie auf ihre Leser aufreizend wirken könnte, den aufmunternden Nachsatz an: Arbeiter, denkt daran am 20. Februar und wählt die Kandidaten der U.S.P. Die Tuberkulose wütet grauenhaft, also wählt U.S.P., die Orgesch wütet und droht, wählt U.S.P., die Agrarier verteuern das Brot, wählt U.S.P. Erst heute schildert sie den furchtbaren Gesundheitszustand der Berliner Schulkinder in einem langen Artikel, dessen Weisheit letzter Schluß ist, wählt U.S.P.D.

Das ist keine bloß gedankenlos angewöhnte und angewandte Formel, das verrät den wahren Geist der U.S.P.D. Wer auch nur halbwegs revolutionär fühlt und denkt, dem ist es einfach unmöglich, angesichts irgendeiner der zahllosen empörenden und aufreizenden Tatsachen, in denen sich die brutale Klassendiktatur der Bourgeoisie und die Herrlichkeit der durch sie geschirmten Wirtschaftsordnung offenbart, immer nur daran zu denken, daß die richtige Antwort der Stimmzettel ist. In wem nur eine Spur proletarischen Trotzes lebt, wird in solchem Falle die Arbeiter auffordern, sich zum Kampf zusammenzuschließen und sich gegen die Peiniger zur Wehr setzen, wird solche Fälle zum Anlaß nehmen, auch indifferenten und noch unaufgeklärten Arbeitern begreiflich zu machen, daß das kapitalistische System und sein Klassenstaat zertrümmert werden müssen, um den proletarischen Staat aufrichten zu können. Aber, wes das Herz voll ist, des geht der Mund über. Alle schönen Phrasen darüber, daß man auch für die Diktatur ist, werden in der Wahlerregung vergessen, wenn Mandate zu ergattern sind.

Arbeiter, denkt daran, nicht nur am 20. Februar, sondern immer und laßt euch von den Menschewisten nicht dazu verführen, immer nur im Wählen den Ausweg zu finden, sondern schließt zum Kampfe die Reihen, behaltet das Ziel unverrückbar im Auge, die Niederwerfung des Gegners, die Eroberung der Macht. Am 20. Februar aber zeigt in einer machtvollen Demonstration, daß ihr euch endlich befreit habt vom parlamentarischen Kretinismus und euch zu der Partei der Tat und zur Internationale der Weltrevolution bekennt.

Ausland

Die französische Kammerdebatte

In der gestrigen Nachmittagssitzung wurde die Interpellationsdebatte fortgesetzt. Zuerst ergreift das Wort der Berichterstatter des Finanzausschusses, de Lasteyrie. Er befindet sich von vornherein in Verteidigungsstellung. Er gibt zu, in finanzieller Beziehung seien die Ergebnisse der Pariser Konferenz nicht sehr befriedigend. Das bezieht sich selbstverständlich nicht auf die Höhe der Summe, sondern auf die Art, wie man die auf dem Papier verlangten Milliarden eintreiben könne. Die ganze Rede de Lasteyries läßt diese Ratlosigkeit erkennen. Er muß zugeben: der Vertrag sei ein ziemlich mangelhaftes, diplomatisches Papier. Er kann die Kammer nur damit trösten, daß er auf Frankreichs Armee hinweist, die 7—800 000 Mann zählt, während Deutschland nur über 100 000 Mann verfügt.

In der Rede de Lasteyries offenbart sich der ganze Widerspruch, der auf Frankreich lastet. Einerseits will es die höchsten Summen aus Deutschland erreichen, anderseits ist Frankreich ratlos, wenn es an die tatsächliche Eintreibung der Milliarden gehen will.

Andree Lefebvre, der nächste Redner, erkennt diese Schwierigkeiten, die sich den französischen Kapitalisten entgegenstellen, warnt vor einer Politik der Schwäche und kommt schließlich zur Erkenntnis: Wenn man nicht nach Deutschland gehe, um das Geld zu holen, dann werde es nicht bezahlen.

Der folgende Redner Fargeot spricht für die Regierung. Der Vertrag von Paris, meint er, habe den Vorteil, mit der Unsicherheit zu brechen, die der Vertrag von Versailles geschaffen habe. Er sei der Ansicht, daß man Maßregeln ergreifen müsse, um bezahlt zu werden. Deutschland habe Kohlengruben. Lloyd George habe erklärt, man könne sie nicht nach England transportieren, aber für Frankreich seien sie erreichbar. Wenn die Häuser von Reims, Arras und von Verdun nicht wieder aus ihren Ruinen auferstehen würden, dann könnten die von Frankfurt, von Köln und Koblenz für sie einstehen (Großer Beifall). Man könne Briand vertrauen und auch Loucheur, daß sie die Sache Frankreichs, also die Sache der Gerechtigkeit, vor den Alliierten zum Siege führen würden.

Finanzminister Doumer ergreift das Wort. Die Interessen Frankreichs seien auf der Konferenz von Paris mit Energie vertreten worden. Nach einer theoretischen Auseinandersetzung über den Wert des Geldes der verschiedenen Länder kommt er zu einer Berechnung, welches Verhältnis bestehe zwischen dem, was Frankreich nach dem Friedensvertrag oder nach dem Abkommen von Paris zu bekommen habe. Nach seiner Ansicht erhalte bei einem Zinsfuß von 5 Proz. Frankreich 83 und eine halbe Milliarde in Jahreszahlungen. Obwohl Deutschland sich arm zu stellen versuche, habe es noch große Produktionskraft und es könne in drei bis vier Jahren

seine Tätigkeit von 1913 wiederfinden, so daß auch auf ein annehmbares Erträgnis der Exportsteuer gerechnet werden könnte.

Die Sitzung wird dann bis dreiviertel neun Uhr unterbrochen. Dann wird der Finanzminister seine Rede zu Ende führen. Ministerpräsident Briand hofft, daß noch heute nacht die Debatte zu Ende geführt wird.

(W.T.B.) Paris, 9. Februar.

In der heutigen Kammersitzung wurde gegen Mitternacht die von der Regierung gebilligte Tagesordnung Fabry mit 387 gegen 125 Stimmen angenommen.

Die Finanzkrise in Frankreich

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Paris, 9. Februar.

„Le Temps" erhebt schärfsten Protest gegen die projektierte Überschwemmung Frankreichs mit 150 Millionen neuen Banknoten. Die neuen Noten würden nach der Begründung der Vorlage drei Zwecken dienen: 1. Bezahlung für die Wiederaufbauarbeiten in den verwüsteten Provinzen, 2. Eintausch der im Krieg herausgegebenen Bons, 3. Amortisation der Staatsrenten. Das Blatt behauptet, daß die letztere Operation mit dem Bankerott des Staates gleichwertig wäre. Gegenwärtig zirkulieren 38 Milliarden Papiergeld in Frankreich. Die geplante Herausgabe von überzähligen neuen Milliarden wäre ein „wahnsinniges Abenteuer".

Die Arbeiterschaft Englands und die Arbeitslosigkeit

(Privattelegramm der „Roten Fahne")

London, 9. Februar.

Am 23. Februar wird eine gemeinsame Konferenz der politischen und industriellen Arbeiterorganisationen stattfinden, die die Aktion zu bestimmen hat, die zur Durchsetzung des Programms vom 29. Januar notwendig erscheinen wird. Die Konferenz vom 29. Januar hat eine Reihe von Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgearbeitet. Bis zum 23. Februar finden in mehreren Gewerkschaften Abstimmungen über die Frage der Direkten Aktion statt.

Wirtschaftliche Uebersicht

Irreführende amtliche Teuerungszahlen

Der „Vorwärts" vom 6. Februar schreibt:

Die Ergebnisse der amtlichen Lohnerhebungen vom Februar 1920 für die Textil- und Bekleidungsindustrie geben nach einer Zuschrift des Bekleidungsarbeiterverbandes in verschiedenen Punkten zur Kritik Anlaß. Die Statistik erfaßt 10 466 Betriebe mit 189 767 Versicherten. Es werden danach 3 Proz. der Betriebe und 7 Proz. der Beschäftigten erfaßt. Welchen Wert eine derartige Erhebung hat, ist zu ermessen an der Tatsache, daß das Tarifwesen des Bekleidungsarbeiterverbandes allein 19 553 Betriebe mit 242 767 Arbeitern umfaßt. Nach diesen Zahlen werden aber von der amtlichen Lohnerhebung nur 1,7 der Betriebe und 5,6 der Beschäftigten erfaßt.

Aber nicht nur diese mangelhafte Statistik, sondern auch der Vergleich der Durchschnittsverdienste mit den für den Monat Februar festgestellten Teuerungszahlen fordert eine Kritik heraus. Das Statistische Reichsamt schreibt:

Infolge dieser Zusammenhänge (die voraufgehend geschildert sind) empfiehlt es sich auch, für die Großstädte mit mehr als 200 000 Einwohnern über die Betrachtung der Lohnschwankungen hinaus einen Vergleich der Verdienste während vier Wochen mit den Februar-Teuerungszahlen durchzuführen. Dieser Vergleich ergibt, wenn man nur die erwachsenen männlichen Arbeiter mit Ausnahme der Fälle, wo nur ein bis zwei Arbeiter erfaßt wurden, berücksichtigt, im allgemeinen ein günstiges Bild. In einer Reihe von Städten lagen sämtliche Berufsarten mit ihrem Verdienst während vier Wochen über der Februar-Teuerungszahl usw.

Diese Feststellung wird den Unternehmern Anlaß zur Bekämpfung der Arbeiterforderungen geben, und daher ist eine Würdigung der Teuerungszahlen, wenn sie in Verbindung mit den erzielten Verdiensten gebracht werden, unerläßlich. Das Statistische Reichsamt verweist zwar in diesem Abschnitt auf die bei der Textilindustrie gewürdigte Berücksichtigung der Tatsache, daß in den Teuerungszahlen nicht die Ausgaben für Bekleidung enthalten sind. Jedoch damit allein ist der Allgemeinheit nicht gedient. Neben der Bekleidung haben auch alle anderen Ausgaben, außer Lebensmittel, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, keine Berücksichtigung gefunden.

Über allem Zweifel erhaben steht aber doch die Tatsache, daß auf die Teuerungszahlen ein sehr großer Prozentsatz berechnet werden muß, um die Höhe der notwendigsten Ausgaben für eine Durchschnittsfamilie (Existenzminimum) zu erlangen. Es kann unseres Erachtens nicht die Höhe der Durchschnittsverdienste mit den Teuerungszahlen in Vergleich gestellt werden, sondern es müssen die sonstigen Ausgaben mit Berücksichtigung finden.

Nach Dr. Kuczynski ist ein Aufschlag von 89 Proz., nach dem Statistischen Amt der Stadt Nürnberg von 50 Proz. auf die Mindestausgaben einer vierköpfigen Familie und von 91 Proz. auf die Normalausgaben einer Arbeiterfamilie erforderlich, und das Statistische Amt der Stadt Potsdam berechnet 91,2 Proz. Wir gehen infolgedessen nicht fehl, wenn wir durchgängig 80 Proz. auf die vom Statistischen Reichsamt festgestellten Teuerungszahlen schlagen, um für jede Stadt das Existenzminimum festzustellen.

Stellen wir nun die fraglichen Durchschnittsverdienste den Teuerungszahlen, sowie dem durch 80 Proz. Aufschlag ermittelten Existenzminimum gegenüber, so gelangen wir z. B. für die genannten vier Städte zu folgendem Ergebnis:

	Teuerungszahlen	Existenzminimum	Durchschnittsverdienst Herrenschneider	Damenschneider
Berlin	648,— M.	1166,40 M.	1037,— M.	812,— M.
Köln	692,— „	1245,60 „	891,— „	—
Potsdam	640,— „	1152,— „	645,— „	—
Nürnberg	547,— „	984,60 „	689,— „	466,— „

Hiernach können wir gerade das Gegenteil von dem konstatieren, was das Statistische Reichsamt feststellt. Die Durchschnittsverdienste stehen sehr wesentlich unter dem Existenzminimum und können keineswegs als günstig bezeichnet werden.

Ein Sechstel der deutschen Kohlenförderung in Stinnes Gewalt

Nach einer Aufstellung des „Industrie-Kurier" beherrscht der Stinnes-Konzern 15,8 Prozent der gesamten Kohlenförderung und 13,1 Prozent der gesamten Kokserzeugung in Rheinland-Westfalen. Der Klöckner-Konzern förderte 1919 2,3 Millionen Tonnen Kohlen und produzierte 800 000 Tonnen Koks. Die Stumm-Gruppe verfügte 1919 über 1,3 Millionen Tonnen Kohlen und 360 000 Tonnen Koks. Die Konzerne der Thyssen, Haniel und Röchling folgen an Einfluß der Stumm-Gruppe auf dem Fuße.

Alles in allem beherrschen die genannten sechs Konzerne weit über ein Drittel der gesamten Montanindustrie. Daß ihr politischer Einfluß entsprechend ist, beweist die lediglich auf großkapitalistische Interessen zugeschnittene Wirtschaftspolitik der deutschen Reichsregierung.

•

Auch nach Schweden dehnt sich Stinnes aus. Wie aus Malmö gemeldet wird, wird die A.-G. Oeresund-Werft in Landskrona Vorzugsaktien im Betrage von 3,8 Mill. Kr. ausgeben. Die Hälfte dieses Betrages soll von allen Aktionären gezeichnet werden, während der Rest von Hugo Stinnes übernommen werden soll.

Die Reederei in Schweden befindet sich offenbar in Geldschwierigkeiten. Die sinkenden Frachtkosten und die Krise auf dem Schiffahrtsmarkt bedrohen viele Reedereien mit dem Bankerott. Es handelt sich also offenbar um eine Sanierungsaktion, die Stinnes vornimmt, damit die seinem Machtbereich unterstellten Werften Gelegenheit bekommen, in den schwedischen Schiffsmarkt mit Hilfe der billigen deutschen Arbeitskraft einzudringen.

Der Stand der Erwerbslosigkeit. Der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie ist nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" im abgelaufenen Monat im allgemeinen gesunken. Die Ursache dafür liegt teils in der Kohlenversorgung, teils in der Käuferohnmacht im Inlande, teils ist sie in den weltwirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Der Preisfall am Weltmarkt hat im Januar auch das deutsche Wirtschaftsleben berührt. Die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes hat sich im Januar sehr verschärft. Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen, die sich schon im Dezember um 17 v. H. auf rund 409 000 vermehrt hatte, ist weiter gestiegen, und zwar wieder ganz überwiegend durch Zunahme der männlichen Erwerbslosen mit unterstützungsberechtigten Familienangehörigen. Schon am 1. Januar betrug die Gesamtzahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen (einschließlich Familienangehörigen) rund 862 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Zahl nur einen Bruchteil der wirklich Erwerbslosen darstellt. Zieht man dann noch die sehr große Zahl der „Kurzarbeiter" in Betracht, denen durch Arbeitsstreckung ein Existenzminimum geboten ist, sowie die mehr als 200 000 durch Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschäftigten Arbeiter, so bekommt man ungefähr ein Bild von dem erschreckenden Umfang, den die Arbeitslosigkeit in Deutschland angenommen hat. — Die höchste Arbeitslosenziffer zeigt das Baugewerbe. Es folgen von den wichtigsten Gewerbezweigen holzverarbeitende Industrien, Transportgewerbe und Metallindustrie. Auffallend ist dagegen der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie, wobei allerdings beobachtet werden muß, daß gerade hier die Arbeitsstreckung in großem Maße angewandt wird.

Neue Kapitalverschmelzungen. Ao. G.-V. beschloß die Verschmelzung der Gesellschaft mit der Sächsisch-Thüringischen Portland-Zementfabrik Prüssing in Göschwitz.

•

Die Generalversammlungen der Bavaria-Brauerei und der Tivoli-Brauerei genehmigte ohne Widerspruch die Verschmelzungsanträge, durch die die Tivoli-Brauerei als Ganzes auf die Bavaria-Brauerei übergeht. In der Versammlung der Bavaria-Brauerei wurde auch der Verschmelzungsvertrag mit der Bierbrauerei Bergschlößchen A.-G in Stade sowie eine Kapitalerhöhung um 1,5 Mill. M. genehmigt.

Gewerkschaftliches

Die Wirtschaftsrätekonferenz der Freien Arbeiter-Union (Gelsenkirchen) und ihre Stellung zur V.K.P.D.

Am Dienstag, den 1. Februar fand in Gelsenkirchen eine Konferenz der Wirtschaftsräte der Freien Arbeiter-Union (Gelsenkirchen) statt, in der Stellung genommen wurde erstens zu dem Verhältnis zur Roten Gewerkschaftsinternationale und zweitens zu den sich aus diesem Verhältnis ergebenden Pflichten zur V.K.P.D. Die Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchen, im Frühjahr 1919 entstanden aus der großen Bewegung der Bergarbeiter Deutschlands zur Sozialisierung der Bergwerke, umfaßt gegenwärtig etwa 120 000 Mitglieder. In der Freien Arbeiter-Union haben sich die Bergarbeiter zusammengefunden, die die Absicht haben, der Bergarbeiterbewegung einen stärkeren revolutionären Einschlag zu geben. Da die anderen Bergarbeiterverbände eine außerordentlich starke und reaktionäre Führung haben, befand sich die F.A.U. in scharfer Kampfstellung zu diesen Organisationen. Im September des Vorjahres ersuchte die F.A.U. den Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände um Aufnahme in die Rote Gewerkschaftsinternationale. Diesem Gesuch wurde stattgegeben mit der Bedingung (die auch in den Statuten der Roten Gewerkschaftsinternationale niedergelegt ist): Die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Mitglieder dürfen die Parole: Heraus aus den Gewerkschaften nicht aufstellen. Vielmehr haben alle Genossen innerhalb der Gewerkschaften für deren Revolutionierung zu wirken. Organisationen, die vor Entstehung der Roten Gewerkschaftsinternationale von den alten Verbänden abgesplittert sind, müssen in enger Gemeinschaft mit den in den alten Verbänden bestehenden Fraktionen der Amsterdam feindlichen Genossen an der Revolutionierung aller wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse arbeiten. Vor der oben genannten Wirtschaftsrätekonferenz bestanden nun über die Erfüllung dieser Pflichten Differenzen mit den Genossen der Kommunistischen Fraktion in den alten Verbänden, die ständig zu unliebsamen Streitigkeiten und Mißverständnissen Anlaß gaben. Der revolutionären Bewegung wurde dadurch Schaden zugefügt. Die Mitglieder der F.A.U. und die Kommunisten im Bergarbeiterverband empfanden darum die Notwendigkeit, im Interesse der Revolutionierung der Arbeiterbewegung jene Zwistigkeiten sofort zu beseitigen.

Nach reiflicher Aussprache im Beisein von Vertretungen des Internationalen Rates der Fach- und Industrieverbände und der Reichsgewerkschaftszentrale der V.K.P.D. faßte die Konferenz der F.A.U. nachstehenden Beschluß:

„Die Konferenz der F.A.U. stellt fest:

1. Die Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland erheischt von den revolutionären proletarischen Organisationen vollständige Einigkeit in allen Aktionen und der praktischen alltäglichen Arbeit.
2. Der Kampf innerhalb der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Moment ist nur denkbar gegen die rechten, opportunistischen Elemente, die durch ihre Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie bestrebt sind, den Kampf der Arbeiterklasse zu schwächen.
3. Die Kommunistische Partei ist gegenwärtig das einzige revolutionäre politische Zentrum der Arbeiterklasse; der Kampf gegen diese Partei läuft praktisch auf den Kampf gegen die Revolution hinaus.
4. Die Konferenz erachtet es daher für notwendig, eine enge Zusammenarbeit mit der V.K.P.D. herzustellen zwecks Aufrichtung einer revolutionären Einheitsfront. Die Konferenz betrachtet die Zerrissenheit innerhalb dieser revolutionären Front nur verhängnisvoll und empfiehlt allen ihren Organen, sowie sämtlichen Mitgliedern der Union, alle ihre Kräfte und Mittel auf den gemeinschaftlichen Kampf und Sieg mit der V.K.P.D. zu richten.
5. Durch unsere Aufnahme in die Rote Gewerkschaftsinternationale übernehmen wir die Pflicht, mit allen revolutionären Arbeitern gemeinsam an der Revolutionierung aller wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen zu wirken, um dadurch in Bälde eine wirkliche Einheitsfront aller Arbeiter wider den Kapitalismus bilden zu können, die erst die Möglichkeit des Sieges der Arbeiterklasse garantiert."

Wir sind des Glaubens, daß die gründliche Beilegung von Streitigkeiten innerhalb des revolutionären Teiles der Arbeiterklasse sehr zum Vorteil der Gesamtbewegung sein wird. Und wenn in Gemeinschaft die Mitglieder der Kommunistischen Fraktionen des Bergarbeiterverbandes und die F.A.U. Gelsenkirchen an der systematischen Verbreitung unserer Anschauung unter den Bergarbeitern wirken, dann kann es nicht ausbleiben, daß die Bergarbeiter in kurzer Zeit dem geistigen Einfluß einer reaktionären Gewerkschaftsbürokratie entzogen werden. Die Vereinigung aller Bergarbeiter in einer revolutionären Front ist die erste Vorbedingung für siegreiches Abwehren der Unternehmerpläne, der erste Schritt zur Befreiung der Bergsklaven aus der Knechtschaft des Kapitals.

F. H.

Nochmals die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Vor einiger Zeit kennzeichneten wir die sonderbare Haltung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg gegenüber einer dort tätig gewesenen Angestellten. Diese Notiz hat insofern gewirkt, als man der betreffenden Angestellten schleunigst 2 Zeugnisse ausstellte, von denen sie sich eins auswählen sollte. Das eine Zeugnis verdient aber doch veröffentlicht zu werden:

„Fräulein ..... war vom 1. Mai 1917 bis 30. September 1920 in unserer Verwaltung beschäftigt. Fräulein ..... wurde

Kulturarbeit in Sowjetrußland

Eine Ausstellung russischer Kunst im Auslande

Die Abteilung für Kunstpflege beim Volkskommissariat für Volksaufklärung beabsichtigt, eine Ausstellung russischer Kunsterzeugnisse im Auslande zu veranstalten. Sie forderte alle jene Künstler, die etwas auszustellen wünschen, auf, ihre Werke der Abteilung für Kunstpflege einzusenden; diese wird eventuell die Werke auch käuflich erwerben.

•

Unentgeltliche Theatervorstellungen in Petersburg

Der Petersburger städtische Sowjet hat bestimmt, daß vom 15. Februar an die Vorstellungen in den staatlichen und akademischen Theatern unentgeltlich sein werden. Die Karten zu den Vorstellungen werden den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden, Schulen usw. zur Verteilung übergeben.

•

Ein Gesetzbuch des Kindes

Das Volkskommissariat für Volksaufklärung beabsichtigt, eine Sammlung sämtlicher Gesetze und Dekrete zusammenzustellen, die das Leben des Kindes regeln. Diese Sammlung soll den Namen erhalten: „Gesetzbuch des Kindes".

•

Die Entwicklung der nationalen Minderheiten

Das Volkskommissariat für Volksaufklärung hat einen Kongreß zur Hebung der Kultur der nationalen Minderheiten einberufen, der eine umfassende Tätigkeit entfaltet. Der Sowjetregierung muß daran gelegen sein, den 20 und mehr verschiedenen Rassen, welche vor der Revolution in fast vollständiger Unwissenheit und Dunkelheit dahinlebten, Licht und Bildung zu bringen. Der fast vollständige Mangel an geeigneten Lehrern machte die Heranbildung solcher zur ersten Notwendigkeit. Zu diesem Zwecke wurden 37 pädagogische Institute gegründet; vor der Revolution bestanden nur zwei. Auf dem flachen Lande wurden 1300 Lese- und Schreibstuben, ferner 500 Bibliotheken eingerichtet. Endlich wurden 5 Museen gegründet. 68 Seminare und 833 Unterrichts- und Fortbildungszirkel wurden aufgestellt. 8 ständige Theater und 13 Wanderbühnen tragen viel zur Vertiefung und Steigerung der Bildungsarbeit bei.

Ein „Unterrichtszug" nach dem Donezgebiete

Nach dem Donezgebiete ist ein Unterrichtszug abgegangen, der eine Ausstellung von Büchern für Bibliotheken und 150 000 Arschin Stoff und Schuhe für eine Kinderkolonie mitführt.

•

Kultureller Fortschritt bei den Tscuwaschen

Die Sowjetrepublik der Tscuwaschen hat eine Wanderschule für Verwaltungswesen eingerichtet, die in allen Orten mehrwöchentliche Kurse unter großer Beteiligung der Bevölkerung abhält. Anschließend daran werden in einzelnen Orten Theateraufführungen veranstaltet, um mit der Kulturarbeit in die Bevölkerung, besonders bei der jungen Generation, tief einzudringen.

Hervorzuheben ist die Tatsache, daß meist die bäuerliche Bevölkerung der einzelnen Orte selbst die Initiative zur Weiterführung des Begonnenen ergriffen hat. An vielen Orten hat die Bauernschaft den gesamten Ernteüberschuß der Arbeiterschaft der Städte zur Verfügung gestellt.

•

Das Institut für Journalistik in Petrograd

Das am 20. Dezember beim Petrograder Büro der „Rosta" eröffnete Institut für Journalistik stellt eine Lehranstalt dar, deren Programm sich auf alle für Berufsjournalisten notwendigen Wissensgebiete erstreckt. Das Programm umfaßt: Politische Geschichte Europas vom 18. bis 20. Jahrhundert, Literatur und Kunst Westeuropas, die politische Geschichte des zaristischen Rußlands, russische Literatur und die gesellschaftlich-politische Entwicklung Rußlands vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, russische Kunst. Ferner das System der politischen Oekonomie und Statistik, die Hauptströmungen in der Gesellschaftswissenschaft, die Geschichte des Sozialismus und das Prinzip der marxistischen Weltanschauung, das Staatsrecht der europäischen Staaten, der wirtschaftliche Aufbau Westeuropas, Handelsgeographie in Verbindung mit Handelsgeschichte. Zur Befestigung des allseitigen Wissenskreises dienen die Resultate des naturwissenschaftlichen Gedankens des 20. Jahrhunderts und des philosophischen Gedankens des 20. Jahrhunderts.

Ferner räumt das Programm ein weites Feld den politischen Gegenwartsfragen ein. Imperialismus, Krieg und Revolution, Politik der Entente, die Grundgesetze der Sowjetrepublik, Sowjetaufbau und die Geschichte der konterrevolutionären Bewegung in Sowjetrußland.

Der Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland sind 6 Spezialkurse gewidmet und der Geschichte der russischen Journalistik 2 Kurse, ferner eine Reihe von Kursen für Geschichte und Theorie des Zeitungswesens, einschließlich der Zeitungswirtschaft. Außer diesen Kursen werden alltäglich Abendvorträge über die technische Seite des Zeitungswesens gehalten.

Weh', daß wir scheiden müssen ...

Karneval, das ist: Abschied vom Fleisch. In des Wortes tatsächlicher und übertragener Bedeutung.

Oben, im neusten, begürtelten Frack,
In Pelz und Seide, Samt und Lack,
In Wärme, zu der Musik Schall
Tanzen die Ausbeuter Karneval.

Unten, im modrigen Kellergelaß,
Da stellt die Frau das Nachtmahl hin,
Und sieht sich um mit trübem Sinn:
Von dem Gewölbe tropft klar Naß.

Oben, da klingen die Kelche nun hell,
Und unversiegbar rinnte der Quell —
„Zum Wohl, ihr Herren! Ihr Damen, prost!"
Filmgrößen mimen, von Jubel umtost.

Unten, im düsteren Wohnungsersatz,
Im traulichen Proletenheim,
Da essen sie beim Funzelschein
Rüben und trinken dann Tee-Ersatz.

So sagt ein jeder auf seine Art
Der böslichen Fleischlust ade,
Die einen prosten ihr zu mit Sekt,
Die andern mit bitterem Tee.

Günther Tonn

seinerzeit als Ersatz für zum Heeresdienst einberufene Hilfskräfte zu vorübergehender aushilfsweiser Beschäftigung eingestellt. Nachdem sie zuerst in der Saatkartoffelvermittlungsstelle tätig war, wurde sie vom 1. Juli 1918 bis zum Tage ihres Ausscheidens in unserer Hauptkassenverwaltung beschäftigt. — Ihre Leistungen entsprachen einem mittleren Durchschnitt.

Bei ihrer Führung war zu beklagen, daß sie bei ihrer letzten Krankheit, welche von Ende Juni bis zum 6. September dauerte, und während welcher sie unserer Aufforderung, einen Krankenschein einzureichen, nicht nachgekommen ist, uns unwahre Angaben über die Art ihrer Krankheit hat zugehen lassen.

Aus diesem Grunde und weil wir nach Rückkehr von Kriegsteilnehmern genötigt waren, eine etatsmäßig angestellte Beamtin unseres Arbeitsamtes, dessen Tätigkeit eingeschränkt werden mußte, in unsere Hauptverwaltung zu übernehmen, ist ihre Entlassung erfolgt."

Die betreffende Angestellte wartet allerdings noch immer auf die Auszahlung der ihr durch endgültige Entscheidung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin zugesprochenen Entschädigung. Die Landwirtschaftskammer ist in dieser Angelegenheit den Demobilmachungskommissar um Hilfe angegangen. Das Verlangen der Landwirtschaftskammer, der Demobilmachungskommissar soll den Schiedsspruch nicht verbindlich erklären, beruht auf einer irrigen Rechtsauffassung, da der Schiedsspruch endgültig ist.

Wiederwahl kassierter Betriebsräte

Im Hauptausschuß des Reichstags beschwerte sich vor einigen Zeiten einer der bürgerlichen Abgeordneten über die Frechheit der Arbeiter, die sich unterstehen, Betriebsräte, die infolge ihrer „Unbotmäßigkeit" gegen die Werksleitung abgesetzt worden sind, wiederzuwählen. Er verlangte ein Gesetz, das diese Lücke im Betriebsrätegesetz beseitige. Ein Regierungsvertreter erwiderte ihm, daß der Gewerbeinspektor Berlin sich neuerdings gegen die Wählbarkeit abgesetzter Betriebsräte vor Ablauf der Wahlperiode ausgesprochen habe; die Regierung sei dabei, diese Auffassung durch ihre Rechtssachverständigen nachprüfen zu lassen.

Das Rechtsgutachten der Regierung wird entsprechend der Macht und Energie ausfallen, mit der die Betriebsräte und die hinter ihnen stehenden Arbeiter die Interessen des Proletariats gegen das Unternehmertum vertreten. Wenn die Betriebsbelegschaft sich geschlossen hinter die Betriebsräte stellt, die vom Unternehmer abgesetzt werden, weil sie ihm unbequem geworden sind, dann wird kein Rechtsgutachten der Regierung, und sei es noch so gut im Sinne des Unternehmertums begründet, die Kraft haben, die Wiederwahl solcher unbequemen Betriebsräte zu verhindern.

Die Branche der Wickler, Isolierer und verwandte Berufe des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt am 24. Januar die fällige Branchenversammlung ab. Nach einem Vortrag des Genossen Gollmick über die wirtschaftliche Lage, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, kam folgende Resolution gegen 8 Stimmen zur Annahme: „Die am 24. Januar 1921 tagende Branchenversammlung der Wickler, Isolierer und verwandte Berufe stellt sich rückhaltlos auf den Boden des Offenen Briefes der V.K.P.D. Die Versammlung erkennt, daß nur auf Grund der aufgeführten Punkte die Einheitsfront des Proletariats zu erreichen ist. Die Branchenkommission wird beauftragt, die Ortsverwaltung Berlin darauf hinzuweisen und aufzufordern, sich ebenfalls auf den Boden des Offenen Briefes zu stellen, damit der Kampf gegen den Kapitalismus ein einheitlicher des Proletariats wird."

Jenaer Bauarbeiter gegen die Spaltungsbestrebungen. Eine gut besuchte Bauarbeiterversammlung in Jena nahm auf Grund eines Protestes von Rechtssozialisten, die früher die Mehrheit hatten, nochmals die Wahl des Ortsvorstandes vor. Resultat: Zweidrittel der Verwaltungsmitglieder sind Kommunisten. Die Versammlung erklärte sich weiter für die Stuttgarter Forderungen und fordert den Hauptvorstand der Gewerkschaft auf, wegen der Ausschließung der Genossen Heckert, Brandler und Bachmann schleunigst vor einem außerordentlichen Verbandstag Rechenschaft abzulegen.

Groß-Berlin

Die V.K.P.D. und die Berliner Mieterverbände

Der Berliner Mieterverband (Zentrale: Potsdamer Straße 56) hat an alle politischen Parteien und Gewerkschaften Deutschlands ein Rundschreiben erlassen, worin aufgefordert wird, sich zu äußern, ob sie bereit sind, „in Anbetracht der, der Mieterschaft unmittelbar drohenden Gefahren für die Forderungen der Mieterschaft geschlossen einzutreten". Es werden eine Reihe spezieller Fragen formuliert, z. B. wie sich die Parteien stellen zu einem eventuellen Mieterstreik, zur Enteignung der übermäßig großen Wohnräume, zur Senkung der Preise für Lebensmittel, Gas, Wasser usw. Die V.K.P.D. hat daraufhin folgende Antwort gegeben:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 24. v. M. an alle politischen Parteien und Gewerkschaften Deutschlands antworten wir Ihnen namens des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der V.K.P.D. folgendes:

ad 1. Wir würden im Falle eines Streiks durch unsere Presse und durch unsere Organisationen zur unbedingten Unterstützung eines solchen Mieterstreiks auffordern.

ad 2. Abwehraktionen des Mieterverbandes gegen Übergriffe von Richtern usw. werden wir immer unterstützen, wenn eine bestimmt vorliegende Maßnahme in Angriff genommen wird.

ad 3. Die Forderung der Mieterorganisation auf Enteignung der Wohnungen usw. unterstützen wir und verweisen auf die Anträge, die unsere Stadtverordnetenfraktion bereits verschiedentlich der Berliner Stadtverordnetenversammlung eingereicht hat.

ad 4. Das gleiche gilt bei allen Forderungen für Senkung der Lebensmittelpreise, Kohlen, Gas, Wasser und alle sonstigen die Mieter bedrückenden öffentlich-rechtlichen Abgaben.

ad 5. Wir fordern die Mitglieder unserer Partei auf, die Mieterorganisationen zu unterstützen und sich am Ausbau des Mieterratssystems zu beteiligen.

ad 6. Wir sind der Überzeugung, daß die Sozialisierung des gesamten Wohnungswesens wie auch des Grund und Bodens als Schutz gegen Boden- und Wohnungswucher bei den heutigen politischen Machtverhältnissen und auf dem Wege parlamentarischer Gesetzgebung schwerlich durchzuführen sein wird. Zu dieser Ueberzeugung gelangen wir deshalb, weil

1. nach unserer Beobachtung die im Parlament vertretenen Parteien eine solche Sozialisierung nicht wollen, und
2. jede Sozialisierungsaktion eines Parlamentes auf den geschlossenen Widerstand der gesamten kapitalistischen außerordentlich starken Kräfte stoßen würde.

Die Kreise des Industrie- und Finanzkapitals werden jeden Versuch unserer Ueberzeugung nach mit allen ihnen zu Gebote stehenden wirtschaftlichen und sonstigen Machtmitteln zu verhindern suchen, genau so, wie sie entgegen dem Willen der Berliner Bevölkerung die kümmerlichen Kommunalisierungsversuche in Berlin durch ihr ökonomisches Uebergewicht unmöglich zu machen versuchen.

Wir halten die Frage der Sozialisierung für eine Machtfrage, die nur gelöst werden kann, wenn man entschlossen ist, die Frage des Machtkampfes zwischen besitzenden und nichtbesitzenden Klassen im ganzen Umfange aufzurollen. Diese unsere Ueberzeugung wird uns nicht abhalten, jeden ernst gemeinten Versuch auf dem Wege der Sozialisierung und Enteignung des Wohnungswesens in- und außerhalb des Parlaments zu unterstützen.

Dasselbe gilt auch für alle Forderungen, die Sie zum Schluß noch aufführen. Unsere Fraktionen in der Berliner Stadtverordneten- wie in den Bezirksversammlungen erhalten Anweisung, Ihre diesbezüglichen Anträge mit allen Mitteln zu fördern."

Auch ein Erfolg der S.P.D.-Sabotage

Die Unterstützungskommission der Großberliner Arbeiter teilt uns mit: Die Angestellten und Arbeiter der Konsumgenossenschaft Berlins und Umgebung sammelten in der Zeit vom 2. Dezember 1920 bis 8. Februar 1921 die Summe von 29 296,12 Mark für die Opfer der Revolution. Die S.P.D. hatte gegen diese Sammlung die allerschärfste Opposition getrieben. Daß sie damit keinen Erfolg hatte, beweist obige Leistung in dieser kurzen Zeit. Daß die Arbeiter und Angestellten dieses Betriebes die Opfer der Revolution nicht vergessen haben, beweist ferner, daß sie insgesamt bis heute die Summe von 207 071,20 Mark gesammelt haben, eine mustergültige Leistung, allen zur Nachahmung empfohlen.

Arbeiter! Genossen!

Die Agitation während der Wahlzeit, die Flugblätter, Plakate, Fahrgelder, die für die Arbeit aufgebracht werden müssen, verschlingen ungeheure Summen, die aufzubringen die Partei aus den Mitgliedsbeiträgen allein nicht imstande ist. Entgegen all dem lügnerischen Gefasel von den ungezählten russischen Millionen, die uns zufließen sollen, wissen unsere Genossen ganz genau, daß die Partei in Berlin ohne jeden Pfennig Unterstützung ihre Arbeit leistet. Wir fordern die Genossen auf, die von der Partei herausgegebenen Sammellisten überall eifrig zirkulieren zu lassen. Tausende von Arbeitern, die nicht Mitglieder unserer Partei sind, sympathisieren mit uns und werden gerne zu den Kosten der Parteiarbeit beitragen, wenn sie darum angegangen werden.

Helft uns durch Stärkung unseres Kampffonds!

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der V.K.P.D.

Der gute Ruf. Wieder ein Sklarzprozeß. Georg Sklarz hatte den verantwortlichen Redakteur der „Weser-Zeitung" Dr. Kriegk, wegen Beleidigung verklagt, weil er im Dezember 1919 von einem „edlen Brüderpaar" und von interessanten Dingen über das Verhältnis zwischen Georg Sklarz und seinem Bruder Waldemar, der im Auswärtigen Amt beschäftigt war, geschrieben hat. In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte machte der Angeklagte geltend, daß ihm jede Beleidigung mit der Rewendung ferngelegen habe. Auch der Verteidiger sprach in diesem Sinne. Wenn ein Journalist die öffentlichen Angelegenheiten nicht einmal ironisch behandeln dürfe, dann habe er seine Existenzberechtigung verloren. Das Gericht verurteilte aber trotzdem den Angeklagten zu 800 M. Geldstrafe. — In der Begründung wurde ausgeführt, daß die Presse nicht das Recht habe, Sachen vorzubringen, durch die der gute Ruf eines Mannes geschädigt würde.

Wie der Staat für seine Opfer sorgt zeigte wieder einmal die Nachricht, daß der deutsche Verein für Kinderfürsorge, Berlin-Wilmersdorf zur Vollendung des Baues einer Säuglingspflegeanstalt sich gezwungen sieht, die Mittel dazu durch eine Lotterie herbeizuschaffen. — Nicht allein, daß der Staat für seine Opfer nicht sorgt, sondern das der privaten Fürsorge überläßt, verdient er auch noch dabei durch die Einziehung einer — Reichsstempelabgabe, die bei der Lotteriegenehmigung gezahlt werden muß.

Für die Rote Gewerkschaftsinternationale hat sich in der am 7. d. M. stattgefundenen Generalversammlung die Ortsgruppe Neukölln des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten erklärt. Gegen wenige U.S.P.-Stimmen wurden zwei Anträge angenommen, von denen der eine die gewählten drei Delegierten verpflichtet, auf der Ostertagung des Internationalen Bundes in Magdeburg für den Anschluß des Bundes an die Rote Gewerkschaftsinternationale zu stimmen. Der zweite Antrag verlangt vom Bundesvorstand eine Vertretung der R.G. nach Magdeburg einzuladen. — Die K.A.P. erklärte sich bereit, innerhalb des Bundes für die Einheitsfront des Proletariats mitzuwirken.

Bezirksversammlung, 7. Bezirk (Charlottenburg). In der gestrigen Bezirksversammlung des 7. Verwaltungsbezirks (Charlottenburg) am 9. Februar wurde beschlossen, das Bezirksamt aus 9 besoldeten und 7 unbesoldeten Stadträten zu bilden. Gewählt wurden u. a. zum Bürgermeister der Kämmerer Scholz, zum stellv. Bürgermeister Stadtverordneter Paul Hirsch (S.P.D.). Bei der Wahl der unbesoldeten Stadträte erhielten die Liste Panschow (D.-nat.) 3 Mandate, die Liste Schmidt (U.S.P.) 2, Stadthagen (Mittelgruppe) 1, Will (S.P.D.) 1, Pommer (V.K.P.D.) kein Mandate. Die V.K.P.D. hat weder besoldete noch unbesoldete Stadträte im Bezirksamt.

Bezirksversammlung Berlin-Mitte am Montag, 7. Februar, im Bürgersaal. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung der Antrag unserer Fraktion, der die Kommunalisierung der Brennstoffe verlangt. Gen. Christ begründete den Antrag. Wir verlangen Kommunalisierung der Bedarfsartikel und Übernahme der Privatbetriebe in die Verwaltung der Stadt Berlin. In den Gemeinden Friedrichshagen und Rosenthal sind dadurch Überschüsse erzielt worden, das vorhandene Defizit ausgeglichen. Auch wird ungleiche Belieferung verhindert zum Vorteil der Krämer, die anstatt 16 Stunden nur noch 8 Stunden arbeiten brauchen. Tischenschlev (U.S.P.) beantragt Übergang zur Tagesordnung mit der Motivierung, das Bezirksamt sei noch nicht gebildet und es ist deshalb unzweckmäßig, sich schon heute mit dem Antrag zu beschäftigen. (Bravo! rechts.) Genosse A. Hoffmann sprach dagegen. Wenn man für die Kommunalisierung ist und hier das Gegenteil tut, so speie man sich ins eigne Antlitz. Bei der Abstimmung stimmten 4 U.S.P., darunter Schneider und Wurm, für den Schlußantrag, S.P.D. und K.P.D. stimmten dagegen mit 30 gegen 29 Stimmen.

Als Bürgermeister wurde Fritz Schneider (U.S.P.) gewählt. Zum 2. Bürgermeister und besoldeten Stadtrat wählte man Magistratsrat Gordan, um dessen Parteizugehörigkeit sich Demokraten und D.Vp. stritten. (Adolph Hoffmann: Er steht auf dem Boden der gegebenen Tatsachen!)

Als besoldete Stadträte wurden gewählt Dr. Vogt (D.Vp.), Rosenow (Demokrat), Köhne (S.P.D.), Jülich (U.S.P.) und unser Genosse Bösel. Zum unbesoldeten Stadtrat wurde von unseren Genossen Gen. Christ gewählt.

Notstandsarbeiten für den Herrn Bürgermeister. Auf unsere unter der gleichen Überschrift gebrachte Notiz schickt uns jetzt der Gemeindevorsteher von Falkenhagen folgende Erklärung:

Der Schreiber des Artikels in der Beilage zu Nr. 57 unseres Blattes vom 4. d. M. hat rundweg gelogen.

Vier Arbeitslose, die anderweitig nicht unterzubringen waren, sind seit wenigen Tagen mit Notstandsarbeiten bei der Gemeinde, nicht aber auf dem Grundstück des Bürgermeisters beschäftigt.

Demgegenüber bemerken wir: der Schreiber des Artikels, ein beteiligter Notstandsarbeiter, hat nicht gelogen, wie der Herr Gemeindevorsteher behauptet. Wir haben unserem Gewährsmann die Erklärung vorgelegt, worauf er seine Behauptungen aufrechterhielt. Eines ist nur von uns falsch berichtet worden. Die Notstandsarbeiter wurden nicht auf dem Grundstück des Bürgermeisters, sondern auf dem Grundstück seines Schwagers beschäftigt. Und zwar wurden sie von der Gemeinde bezahlt und nicht von dem Schwager des Bürgermeisters. Und wenn es heißt, vier Arbeitslose konnten anderweitig nicht untergebracht werden, so verweisen wir auf die dringend notwendigen Notstandsarbeiten beim Straßenbau und besonders bei der Straßenbeleuchtung, wo gesellschaftlich nützliche Arbeit genügend vorhanden ist.

50 000 Tonnen Heringe lagern auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof, und ein Teil davon soll schon vollständig verdorben sein. Unsere Genossen im Stadtparlament haben deshalb eine dringliche Anfrage an den Magistrat gerichtet. Sie wollen vom Magistrat Auskunft haben, wer Eigentümer dieser gelagerten Heringe ist, und was der Magistrat zu tun gedenkt, „um diese Heringe der menschlichen Ernährung zuzuführen, bevor ein weiterer Teil davon in Fäulnis übergegangen ist".

Kleine Lokalnotizen

Das Tegeler Lazarett geschlossen. Die Hetze in der bürgerlichen Presse gegen die Lazarettinsassen in Tegel wird fortgesetzt. Um die nunmehr erfolgte Schließung zu „rechtfertigen", verbreitet man jetzt die Lüge, die Kranken hätten medizinische Instrumente geraubt, das Pflegepersonal verprügelt u. dgl. m. Es ist klar, daß daran kein Wort wahr ist. Man braucht vor der Wahl einen Vorwand, um den berühmten „Dank des Vaterlandes" nicht allzu sehr in die Erscheinung treten zu lassen.

Razzien am Bahnhof Friedrichstraße. Gestern abend kurz nach 9 Uhr veranstaltete die Berliner Kriminalpolizei mit Unterstützung uniformierter Beamter eine Razzia auf dem Rummelplatz am Bahnhof Friedrichstraße. Wer sich ausweisen konnte, wurde entlassen, die andern mußten die vorgefahrenen Autos besteigen und die Fahrt nach dem Alexanderplatz antreten. Bis in die Nacht hinein dauerten die Vernehmungen, da eine sehr große Anzahl gesuchter Personen abgefaßt wurden.

Die freie Arztwahl wird in Berlin, wie wir hören bestimmt am 1. März ins Leben treten. Es stehen dann den anderthalb Millionen Mitgliedern der Krankenkassen über 3000 Ärzte zur Verfügung.

Weltliche Schule in Reinickendorf. Proletarier, Klassengenossen! Helft die weltliche Schule einrichten. Zeichnet euch in die Listen ein und bekundet damit euer Verlangen nach der weltlichen Schule. Bis zum 12. Februar liegen die Listen aus im Jugendheim der V.K.P.D., Amendestr. 79, bei Hecht, Freiheitspedition, Residenzstraße 120, und bei Wahle, Vorwärtsspedition, Provinzstr. 56.

Der Ausschuß für weltliche Schulen.

Verantwortlicher Redakteur: Bruno Schüler, Berlin-Steglitz. Für den Anzeigenteil: Richard Nowakowski, Berlin-Pankow. Verlag: „Die Rote Fahne", Berlin S 14, Stallschreiberstr. 34.35. Buchdruckerei: „Die Rote Fahne", Alte Jakobstraße 42.

Ausgabe- und Inseraten-Annahme-Stellen der „Roten Fahne"

sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) A.-G.

Südwest: Lindenstr. 3, II. Hof parterre. — Jerusalemer Straße 5-6, Hauptgeschäft.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Westen: Steglitzer Str. 87, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Süden: Bärwaldstr. 42, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Prinzenstr. 31, Hof rechts parterre. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Osten: Markusstr. 56, Geöffnet von 9—6 Uhr. — Petersburger Platz 4. — Kopernikusstr. 29. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Südosten: Lausitzer Platz 14-15. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Westen: Paul Gurth, Lutherstr. 19a, Laden.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 2. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Adlershof: Spethmann, Bismarckstr. 4.
Alt-Glienicke, Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 172.
Bernau, Röntgenthal, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus „Paradies"
Buchholz, Blankenburg: W. Pasora, Buchholz, Bahnhofstraße 24.
Charlottenburg I: Sesenheimer Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Charlottenburg: E. Girzig, Leibnizstr. 73.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 14
Charlottenburg III: Albert Joachimi, Kaiserdamm 101. Geöffnet von 9—5 Uhr.
Charlottenburg IV: Regensburger Str. 10.
Eggersdorf: Schönherr, Landsberger Str. 10
Eichwalde, Schmöckwitz: Schröder, Bahnhofstr. 78.
Erkner: Albert Zernicke, Friedrichstr. 31.
Fichtenau: Kreßke, Waldstr. 28.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Uffenwasser, Petershagen.
Friedrichshagen, Hirschgarten: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Halensee, Grunewald: Halensee, Georg-Wilhelm-Str. 2.
Herzfelde: Martin Smolibowski.
Hennigsdorf: Emmulat, Rathenaustr. 7.
Johannisthal: Alwin Gammisch, Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Frau Stanke, Heubigstr. 32, vorn parterre.
Kaulsdorf: W. Scholz, Giesestr. 80.
Königs-Wusterhausen, Niederlehme: Friedr. Baumann, Königs-Wusterhausen, Luckenwalder Str. 5.
Köpenick: Schlag, Kietzer Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Vorhagener Str. 62. Geöffnet von 9—5 Uhr.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185 Laden.
Lichtenrade: Max Salzmann, Siedlung Heimweg 8.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 2.
Lichterfelde-West: Schaedel, Köhlerstr. 41.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Leunestr. 39.
Mahlow: Frau Reuter, Glasowstr. 1.
Mariendorf: August Veip, Chausseestr. 22.
Marienfelde: Arndt, Berliner Str. 82.
Neuenhagen: Wenzke, Ziegelstr. 71.
Neukölln: Neckarstr. 2. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Neukölln-Britz: Siegfriedstr. 28-29. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Niederschöneweide: Hartramp, Brückenstr. 10 II.
Niederschönhausen, Nordend: G. Schliebener, Treskowstr. 14.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Boenhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Rißmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: M. Bierlich, Schockstr. 28.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstr. 56 (Laden).
Rahnsdorf: Teichert, Forststr. 1.
Reinickendorf-Rosenthal: W. Burs, Prinz-Heinrich-Straße 34.
Schmargendorf: Nehab, Breite Str. 2.
Schöneberg: Belziger Str. 27. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Senzig: Friedewald, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Stein, Nonnendamm-Allee 98a.
Spandau: Preuß, Wasserstr. 5.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Steglitz: Gehricke, Schildhornstr. 12.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Waidmannslust, Freie Scholle, Hermsdorf, Birkenwerder, Bergfelde, Stolpe, Borgsdorf und Hohenneuendorf: Borsigwalde, Räuschstr. 10. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Teltow: Kräger, Schönow, Dorfstr. 2.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13. Kandler, Hohenzollernkorso 5.
Treptow: Gromez, Kiefholzstr. 412, vorn 1 Tr.
Weißensee: Berliner Allee 54.
Wildau-Hohenlehme: Rud. Lettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Arthur Schiefke, Wilhelmshagen, Dernburgstr. 21.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 19.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 46.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Annastr. 10.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Winterfeld, Zeuthen, Kurfürstenstr. 46.
Zossen: Albert Stein, Mittenwalder Str. 17.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.

Bestellschein

Ich abonniere ....

die „Rote Fahne" in Groß-Berlin täglich frei ins Haus für 10 Mark, als Monats-Abonnement für Februar.

Name: ....

Wohnung: ....

....

.... Straße Nr. ......

bei ....

vorn ...... Hof — Quergeb. — Seitenflügel.

...... Treppen links — rechts.